

Öffentlicher Dienst am Limit: dbb fordert 8% Gehaltserhöhung für Beschäftigte

Erfahren Sie in unserem Artikel über die bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, in denen dbb-Chef Ulrich Silberbach ein Forderungsvolumen von 8 Prozent und mindestens 350 Euro mehr Einkommen fordert. Angesichts des akuten Personalmangels und der demografischen Herausforderungen sind spürbare Einkommenssteigerungen sowie flexible Arbeitsbedingungen unerlässlich, um die Attraktivität der Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Lesen Sie mehr über die Kernforderungen und die Auswirkungen auf die rund 2,6 Millionen Betroffenen.



Die Uhr tickt für den öffentlichen Dienst! Die Situation ist brenzlich: dbb-Chef Ulrich Silberbach warnt vor einem alarmierenden Personalmangel und prophezeit hitzige Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen. Der

Forderungskatalog ist schockierend: satte 8 Prozent mehr Lohn, mindestens jedoch 350 Euro monatlich! Diese Forderungen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern die drängende Reaktion auf eine Personalnot, die zu einem immer größeren Problem im öffentlichen Dienst wird.

Uns fehlen bereits 570.000 Beschäftigte! , rief Silberbach am 9. Oktober 2024 beim Vorstellungstermin der Gewerkschaftsforderungen aus. Der demografische Wandel trifft die Branche hart, und in den nächsten zehn Jahren stehen ein Drittel der Mitarbeiter vor dem Ruhestand. Wir müssen jetzt handeln! Wenn wir nicht für wettbewerbsfähige Löhne und bessere Arbeitsbedingungen sorgen, geraten wir im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft ins Hintertreffen , so Silberbach weiter. Ein harter Sturm braut sich zusammen und die Bürgerschaft ist bereits direkt betroffen!

Die brutale Realität des Personalmangels

Die Bürgerinnen und Bürger spüren den Mangel ganz deutlich und verlieren das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates. Das ist demokratiegefährdend! Wir müssen diesen Trend jetzt umkehren , unterstreicht Silberbach eindringlich. Dabei listet er die notwendigen Maßnahmen auf: spürbare Einkommenssteigerungen, attraktivere Arbeitsbedingungen und ganz zentral zusätzliche drei freie Tage und flexible Arbeitszeiten! Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, hebt hervor, dass die Arbeitszeitkonten flexibel und nach den Bedürfnissen der Arbeitskräfte gestaltet werden müssen: Das könnte die Einführung einer verkürzten Arbeitswoche, mehr Urlaubstage oder Sabbaticals umfassen!

Eine schnelle Lösung ist gefragt! Der dbb betont die dringende Notwendigkeit, die Tarifiergebnisse auch zeitgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen. Das ist nicht nur sachlich, sondern auch ethisch zwingend! Nur so wird diese Einkommensrunde ein Erfolg , erklärt Silberbach und verdeutlicht die Dringlichkeit dieser Themen.

Die weitreichenden Auswirkungen

Wusstest du, dass über 2,6 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) betroffen sind? Rund 1,7 Millionen Arbeitnehmer und Auszubildende, davon allein über 156.000 vom Bund und mehr als 1,5 Millionen von den Kommunen! Hinzu kommen zudem fast 370.000 Bundesbeamte und nahezu 600.000 Versorgungsempfänger, die auf die Anpassungen angewiesen sind.

Das alles wird sich entscheidend auf die Verhandlungen auswirken, die am 24. Januar 2025 in Potsdam starten. Eine Dringlichkeit, die sowohl die Arbeitnehmer als auch die Bürger dringend anpacken müssen! Mehr Details findest du auf der Website des dbb: www.dbb.de/Einkommensrunde.

Details

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net